

28.03.2014 – PM 22/2014

Tarifrunde für das Bauhauptgewerbe

Angebot der Arbeitgeber ist eine Provokation

Berlin – Die dritte Tarifrunde des Bauhauptgewerbes ist vertagt worden. Nach intensiven, zweitägigen Verhandlungen in Berlin trennten sich die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und die beiden Arbeitgeberverbände Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) sowie der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) ohne Ergebnis. Die Arbeitgeber hatten ein aus Sicht der IG BAU völlig unzureichendes Angebot vorgelegt. „Von Angebot kann hier keine Rede sein. Das ist eine Provokation. Nach Vorstellung der Arbeitgeber soll noch nicht einmal die Inflationsrate ausgeglichen werden. Von einer verdienten Beteiligung der Beschäftigten am Bau-Boom ganz zu schweigen“, sagte der stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende und Verhandlungsführer Dietmar Schäfers. „In der Baukrise waren die Bauarbeiter bereit, zurückzustecken. Es muss für jeden verantwortlich handelnden Unternehmer selbstverständlich sein, sie jetzt, wo die Branche brummt, fair zu beteiligen.“

Das Angebot der Arbeitgeberseite sieht eine extrem lange Laufzeit von 30 Monaten vor. Damit reduziert sich die vorgeschlagene Lohnerhöhung auf rechnerisch 1,6 Prozent im ersten Jahr und im zweiten Schritt auf nur noch 1,4 Prozent für sogar 18 Monate. „Auf den Taschenspielertrick, dies als eine Erhöhung von zwei mal zwei Prozent schönzurechnen, fällt keiner herein“, sagte Schäfers. „Hier müssen die Arbeitgeber spürbar nachbessern.“ Weit auseinander liegen zudem die Vorstellungen bei der Erhöhung der Fahrt- und Übernachtungskosten, sowie der Übernahme der Ausbildungskosten. Die Einführung der Betriebsrente im Osten bleibt ebenfalls eine schwierige Problematik,

Für die rund 760 000 Beschäftigten am Bau fordert die IG BAU ein Plus von insgesamt sieben Prozent - das heißt eine deutliche Steigerung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen in Ost und West sowie zusätzlich die

Verbesserung der Bedingungen bei den Fahrtkosten und für Beschäftigte, die auswärts übernachten müssen. Zudem müssen die Kosten der Ausbildung von den Arbeitgebern übernommen und endlich auch für Beschäftigte im Osten eine Betriebsrentenregelung eingeführt werden.

Die nächste Verhandlung findet am 5. Mai 2014 in Frankfurt am Main statt.

(2117 Zeichen)